

Welfische Zeitung



Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Welfische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereinigt. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“. — Sonntag: Die Illustrierte Beilage „Zeitschrift“ und „Literarische Umschau“. — Mittwoch: „Reise und Wanderung“. — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur: (im Ausw.) H. Handeltmann; Carl Mich. Brühl, Davel. Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegt. Wöchentlich 1,- Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreis: im Zeile 25 Pfennig, Familien-Anzeigen 10 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3665. für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3603-3668. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 666.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Vertrauensvotum der Kammer

Abschluss

Der außenpolitischen Debatte

Paris, 27. Dezember | Ullstein-Nachrichtendienst | Die Kammer hat dem Kabinett Kordell mit 342 gegen 17 Stimmen bei fast einstimmiger Zustimmung der Sitzen des Vertrauens ausgesprochen.

Der Abschluss der außenpolitischen Debatte in der Kammer hat allerdings noch zu einer Reihe heftiger Zwischenfälle geführt. Zu Beginn der Sitzung ergriff der Abgeordnete Gramont, Vizepräsident des Reichs, um den Ausschluss der Debatte anzugreifen, die richtige heftige Angriffe gegen den französischen Außenminister, namentlich wegen der Räumung des Rheinlandes, und berief sich zum Schluss auf den Marschall Foch, der die Räumung als ein Verbrechen gegen das Vaterland bezeichnet habe.

Als Briand dies auf das nachdrücklichste bestritt, eilt der Abg. Heibel seinem bedrängten Kollegen zu Hilfe. Er zieht ein kleines Notizbuch aus der Tasche und erklärt, er habe hier eine schriftliche Note des Marschalls Foch, die dieser im Jahre 1920 dem Präsidenten der Republik und dem Ministerpräsidenten Briand übergeben habe. Der Marschall hätte dem, wie gefolgt wird, das Rheinland angedungen, ohne die notwendigen Sicherheitsgarantien erreicht zu haben.

Die lenklose Enttillung Heibels wirkt auf die Kammer wie eine Bombe. Anteillich erhebt sich Briand von seiner Bank und ruft mit zornbebenender Stimme: „Der Heibel, haben Sie gesehen, was Sie eben getan haben? Sie haben dieses Dokument nie gelesen. Ich weiß auch nicht, wo Sie es herhaben können. Aber noch schlimmer: Der Marschall war nicht nur Führer der interalliierten Seere, sondern auch Präsident des interalliierten Militärkomitees. Er wäre also verpflichtet gewesen, dieses Dokument dem Komitee vorzulegen. Das Komitee wiederum unterband der Besprechungs-Konferenz und diese unterband mit dem französischen Außenminister.“

Der Marschall sollte also, so schreien Sie, ohne mein Wissen Noten an den Präsidenten der Republik und an den Ministerpräsidenten verteilt haben, und ich, der verantwortliche Außenminister, erstahre davon erst durch einen Zwischenfall? Das sind Methoden, die verhängnisvolle Folgen haben können.“

Verdächtig lud sich Heibel zu verteidigen. Seine Stimme geht unter in den entrillenen Protesten der Kammer. Auch Franklin Bouillon hält es für geboten, nach diesem Zwischenfall ebenfalls in der Besetzung zu verschwinden. Er schließt seine Rede mit der erneuten Forderung nach ernstlichen Garantien im Young-Plan. Briand schied sich noch die entrillerte Republik aus, er habe nur lauter Polemik aus vergeblich anzuhören, was er denn eigentlich für eine Außenpolitik gegenüber Deutschland teilen wolle. Er habe nur teilgenommen, er habe aber nichts anderes Besseres an die Stelle der Politik von Locarno, Genf und vom Saag zu setzen vermocht.

Zum Schluss erklärte noch Ministerpräsident Cardoux, man habe wieder kein Fogen verliert, die Regierung zu halten und zu unterhalten. Die Opponenten hätten dabei aber weder ein Gegenprogramm vorgelegt, noch auch eine klare Abkündigung verlangt. Wenn die jetzt Sanger Konferenz Überforderungen gebracht habe, so habe Erwinen dort doch nicht alles erreicht. Die französische Regierung habe keine Niederlage erlitten. Die zweite Konferenz sei als langfristige vorbereitet. Der Friede würde unter seinen Umständen besser gefolgt sein.

Was die allgemeine Weltöffentlichkeit anlangt, so gab er zu bedenken, der sich an den Verfahren Verhandlungen mitunter habe, zu daß der Friedensvertrag nicht vollkommen sei. Er sei mit Briand vollkommen einverstanden, daß die Sitten des Vertragsgehep werden müssen. Er fordere von der Kammer ein klares Vertrauensvotum. Wenn die Sitten glaube, daß er eine Gefahr für die Politik Briands sei, wenn die Rechte dürfe, daß Briand eine Gefahr für die jetzige Außenpolitik sei, solle sie es offen sagen. Er aber, Kardoux, erkläre sich mit Briand vollkommen einig.

Bartels Wiederkehr

Blissdults Verbindungsroman zur Demokratie

Warschau, Ende Dezember

Ein dierstgrötiger, energischer Mann in der zweiten Hälfte der vierziger, dem man keine heutzutage Abkunft aus ansehen würde, wenn sie nicht schon der Name verräte — das ist Blissdults Vertrauensmann Dr. A. J. Bartel, der jetzt zum fünftennal seit der „Zerbrechung von Warschau“ durch den Marschall im Jahre 1920 mit der Bildung der polnischen Regierung beauftragt wurde. In seinen Umgangsformen tritt er um mehrere Grade weniger kalt als etwa die vornehmen Herren vom Maganten-Fußgel des Blissdults-Bagers und sogar größer als die Vertreter der rein militärischen Methoden, die berühmten „Obersten“. Man merkt es diesem Zemberger Sozialist-Professor an, daß er sich den Weg nach oben aus eigener Kraft gebahnt hat.

Militärischen Obersten-Rang hat er übrigens auch: Im Weltkrieg war österreichischer Eisenbahner-Korps eingezogen, trat er 1918 ins polnische Heer über, wo er es durch Felderkenntnis, Fleiß und Organisations-talent rasch zum Leiter des am 1. September 1919 einmündigen Polnischen Brautge. Von da kam er als Feld-Inspektor für Verkehrsfragen (Jahre 1919 bis 1920) in die Regierung; als so bestellte Amt 1920-21 während des Krieges mit dem Blissdults zum zweitemal ausgesendet gefolgt hatte, war sein politischer Ruf bereits begründet. Von demokratischen Kleinmann 1922 in den Sejm gewählt, ist er sich dort bald seine eigene kleine Fraktion, die zur Vorläuferin des späteren Blissdults-Klubs wurde, eine bürgerlich-liberalere Gruppe, die bedeutungsvoll zu dem herrschenden Sozialisten und alten Freiheitskämpfer hielt. Bartels damalige parlamentarische Kämpfe gegen die Rechtsopposition trugen zwar dazu bei, daß dem Marschall der Ruf eines Volksmannes gewährt blieb.

Bartels erste Berufung zur Ministerpräsidenten-Auswahl durch den gemäßigteren Vertagung der parlamentarischen Rechtsregierung wirkte denn auch als Willensfundgebung Blissdults für ein gewisses Maß von Aufrechterhaltung parlamentarischer Formen und Zusammenarbeit mit dem Sejm. Ihr folgten freilich nicht nur Stimmungsausträge des Marschalls gegen die Volksvertretung und ihre Mitglieder, sondern auch häufig angewandte Praxismittel aller Art, die am 1. September 1923 die parlamentarische Regierung durch die Durchföhrung ihrer oppositionellen Forderungen zu hindern; Vertagung vor entscheidenden Abstimmungen, weitestgehende Ausnützung des Notverordnungsrechts des Staatspräsidenten, technische Veränderung der Zustimmung des Senats innerhalb der vorgeschriebenen Frist usw. Bartel verstand es, alle diese antiparlamentarischen Söhrten wenigstens zu einschränken, daß sie mit einigen Vorkäufen im Rahmen der Notwendigkeit politischer Vorkäufung hingenommen werden konnten. Als vorkäufungsstreuer Minister, der auch einen Abzug der Sozialpolitik verbündete und so als Gegengewicht gegen die offen faktisch und reaktionär entgegengesetzten Kräfte im Gefolge des Marschalls erschien, erhielt er alljährlich den Staatsausloß bewilligt und erreichte sogar die Ablehnung aller Mißtrauensvoten gegen die Regierung.

So verhielt er sich Blissdults ein Parlament, das trotz des oppositionellen Appellenkennzeichens seiner Mehrheit das Regime praktisch wenig behinderte. Der Volksvertretung aber rettete er mit dieser Politik wenigstens ihre Fortexistenz auf der alten, formal-rechtlichen Grundlage des allgemeinen Wahlrechts und der ideologischen Minister-Verantwortlichkeit und damit die Hoffnung auf einen späteren Wiederaufruf zur Macht.

Die Starfmacher unter den Bürgerrechtler freigeig gebildeten Offizieren und die neuerdings zu Blissdults gebildeten konservativen Großgrundbesitzer lagen mit Mißtrauen auf diese Art. Solange Blissdults persönliche Autorität einwirkte, ist, was man sich so an der Hand halten. Aber was dann? Spielte Bartel nicht die Gefahr des Wiedereintritts wieder in die Hände der Parlaments-Mehrheit? Lieber keinen Kopf hinweg werden einer Entwurf einer neuen Vertagung fertigtgelegt, der als ausgefallenes Muster für eine konsequent durchgeführte Autokratie in Verbindung mit einer zur bloßen Wüste ausgehöhlten Fassade von modifiziertem Sozialparlamentarismus denkbarbleiben würde. Auf die legale Durchföhrung dieser Vertagungsoption behauptete seine

Heute Befanngabe der deutschen Delegierten

Und des neuen Staatssekretärs

Die gestrige Sitzung des Reichskabinetts, an der auch Reichskanzler Dr. Schmidt teilnahm, führte noch nicht zur Ernennung der Delegierten Ausschusses für die zweite Sooper Konferenz. Die Sitzung wird, als ein Kommuniqué folgt, heute wieder unter Beteiligung des Reichskanzlerpräsidenten fortgesetzt werden, so daß man also die Befanngabe der Delegation für heute erwarten kann.

Der Nachfolger des zurückgetretenen Staatssekretärs Bopp ist gestern gleichfalls noch nicht ernannt worden. Man rechnet jetzt doch noch wie vor mit der Ernennung des Ministerialdirektors im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Hans Schäffer.

Bacelli Staatssekretär

In Rom erhält sich barinadig das Gerücht, daß der Kardinal-Staatssekretär Caspari zu Neujahr seine Demission einreichen wird. Bei dem hohen Alter des Kardinals, der im 78. Lebensjahre ist und seit etwa 20 Jahren den wichtigsten Staatsamt des Vatikans bekleidet, wäre sein Rücktritt nicht verwunderlich. Als Nachfolger wird allgemein Kardinal Bacelli, der frühere Berliner Nuntius, genannt.

Bassier Widerhand in Indien

London, 27. Dezember | Ullstein-Nachrichtendienst

Auf dem allindischen Kongress ist nunmehr heute der vielbesprochene Antrag Ghani über ein Kongressgesetz vorgelegt worden, und Zweifel an seiner Annahme dürfen kaum mehr bestehen. Wie bereits von uns angekündigt wurde, ist der Antrag in äußerst scharfen Worten gefaßt. Es wird darin erklärt, das indische Volk wünsche nicht mehr den Dominanzstatus, sondern jedwede völlige Unabhängigkeit. Auch die vom Vizekönig vorgetragene Konferenz zwischen der Regierung und den Indischen

Führern wird abgelehnt, obwohl dem Vizekönig persönlich für seine Bemühungen um das Wohl des indischen Volkes gedankt wird. Es ist wohl als feststehend anzusehen, daß der so genannte Widerhand, der dem Ghani seit längerer Zeit gedröh hat, und der schon einmal widerrufen wurde, nun zu Beginn des neuen Jahres proklamiert wird.

„Es muß noch mehr geschehen“ meint Seipel

Luxemburg, 27. Dezember | Ullstein-Nachrichtendienst

Der frühere österreichische Bundeskanzler Seipel sprach hier in einer Rede über „Arden und Volk“ aus über die letzten Ereignisse in Österreich. Interessant, wenn auch nicht überreißend, wie Seipel die Bewegungen beurteilt: „Es ist uns nicht möglich, heraus eine Volkswirtschaft entstehen, die den Zweck hat, das Volk von der Bedrohung zu befreien. Gegen jene, die sich dieser Bewegung widersetzen und die ihr gar ein Ziel gegenüberstellen, ist es zu scharfen, so zu drohenden Worten gekommen. Die Gefahr zu bannen, dazu gibt es nur ein Mittel: die Reform unserer Verfassung, die die Fehler der zu großen Größe bei der Zusammenfassung und der falschen Einflüßung der ersten Reichstagsperiode aufweist. Dem Bundeskanzler Schuber ist ein Schritt in dieser Richtung gelungen, aber auch nur ein Schritt. Es wird auf derselben Linie noch mehr geschehen müssen. Doch genügt es nicht, gesetzliche Paragraphen zu ändern. Wichtig ist die Erziehungsarbeit an allen Ständen, Schichten und Klassen.“

Ein Minister-Dinnetta auf die Frage des Anschließens heilte nicht. Die Wahlen haben im Sinne der Weisheit gelernt, daß die notwendigen Verfassungsänderungen möglich wären, wenn sich dadurch von der Pflicht erlösen zu sehen, einer dieser Verfassungsfragen freizulassen. Wie die Weisheit aus der Weisheit des Staates herausgehoben wurde, so können wir in verschiedenen Staaten nebeneinander leben und doch unsere Volksgemeinschaft im Betzen hochhalten.“

Gegenwärtig läßt sich auch die Gefährdung Jits in Luxemburg auf. Ob es zu einer Bewegung zwischen der und Seipel oder gar zu politischen Unterhandlungen kommt, ist ungewiß.